

**Datenschutzrechtliche Informationen für externe Beteiligte
bei Teilnahme an einer Onlinekonferenz/Onlineverhandlung
in der sächsischen Justiz**

Die sächsische Justiz nutzt für die Durchführung von Onlinekonferenzen eine BigBlueButtonUmgebung, die unter meeting.justizcampus.de zu erreichen ist. Es handelt sich um eine von der sächsischen Justiz selbst betriebene BigBlueButton-Umgebung. Die hierfür eingesetzten Server werden von der IONOS SE mit Sitz in Montabaur in einem in Deutschland befindlichen Rechenzentrum gehostet. Es ist vertraglich und technisch ausgeschlossen, dass IONOS SE auf Daten oder auf Inhalte einer Onlinekonferenz zugreifen kann. Alle geteilten Informationen werden ausschließlich auf diesen Servern verarbeitet. Die Administration und der Betrieb der Plattform erfolgen durch die Leitstelle für Informationstechnologie der sächsischen Justiz, eine dem Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung nachgeordnete Behörde.

Hinsichtlich der damit verbundenen Datenverarbeitung wird mitgeteilt:

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Amtsgericht Chemnitz,
vertreten durch die Präsidentin,
Gerichtsstraße 2,
09112 Chemnitz

verwaltung@agc.justiz.sachsen.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Herr Richter am Amtsgericht
Dr. Ansgar Koreng

datenschutzbeauftragter@agc.justiz.sachsen.de

3. Allgemeine Informationen zu Datenerhebung und -verarbeitung:

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit § 128a ZPO [ggfs. in Verbindung mit § 32 Abs. 3 FamFG (Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit), § 4 Satz 2 InsO (Insolvenzverfahren)] und Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe a DSGVO, Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a DSGVO. Die Datenverarbeitung dient dem Zweck, die Durchführung der Onlineverhandlung bzw. Onlinekonferenz zu ermöglichen.

Die Video- und Audioinhalte werden nicht gespeichert.

Gespeichert werden während der Onlineverhandlung/Onlinekonferenz Nutzungs- und Verkehrsdaten (§ 2 Absatz 2 Nummer 3 und § 9 Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz (TTDSG), § 3 Nr. 70 Telekommunikationsgesetz (TKG)), d.h. Daten, die bei der Er-

bringung bzw. Nutzung eines Telekommunikationsdienstes erhoben, verarbeitet oder genutzt werden und die systembedingt für das Funktionieren des Programms erforderliche sind. Folgende Nutzungs- und Verkehrsdaten werden je nach Nutzung der Anwendung über Computer und/oder der Audioeinwahl per Telefon gespeichert:

- beim Beitritt angegebener Name sowie die Telefonnummer bei Nutzung der Audioeinwahl über Telefon
- genutzter Einwahllink
- Betriebssystem und genutzter Browser der Teilnehmenden
- Zeitpunkt des Beitritts bzw. Verlassens und Einwahlmethode
- Zeitpunkt des Verbindungsauf- und -abbaus der Audio- und Videoverbindungen
- Anzahl der Teilnehmenden und Moderierenden
- Betriebssystem der Teilnehmenden
- IP-Adresse der Teilnehmenden
- genutzte Bandbreiten und weitere Informationen über Signalqualitäten.

Je nach Nutzung werden folgende weitere Daten gespeichert:

- die von Teilnehmenden auf den Server hochgeladenen Dateien sowie
- die Inhalte der Chatnachrichten.

Die gespeicherten Daten sind für die zuständigen Administratoren der Leitstelle für Informationstechnologie der sächsischen Justiz einsehbar. Der Zugriff ist lediglich zum Erkennen, Eingrenzen oder Beseitigen von Störungen oder Fehlern gestattet. Diese Daten werden nach 14 Tagen gelöscht.

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist weder gesetzlich, noch vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich. Die betroffene Person ist nicht verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Ohne Bereitstellung der Daten ist aber keine Teilnahme an der Onlineverhandlung/Onlinekonferenz möglich.

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung im Sinne des Artikels 22 Absatz 1 DSGVO.

4. Rechte der betroffenen Person:

Die betroffene Person hat gegenüber dem Verantwortlichen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte hinsichtlich der sie betreffenden personenbezogenen Daten:

- Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO
- Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO
- Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO
- Recht auf Widerspruch gegen die Erhebung, Verarbeitung und/oder Nutzung, Art. 21 DSGVO
- Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO

Soweit die Datenspeicherung auf einer erteilten Einwilligung beruht, kann diese jederzeit widerrufen werden. Hierdurch wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung jedoch nicht berührt.

Der betroffenen Person steht zudem das Recht zu, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren.

5. Ergänzende Hinweise

Die Übertragung der Onlineverhandlung/Onlinekonferenz erfolgt über das Onlinekonferenzsystem „BigBlueButton“. Hierbei handelt es sich um eine browserbasierte Lösung. Das Herunterladen und Ausführen von Anwendungen ist nicht erforderlich.

Die gesamte mittels Rechner durchgeführte Audio- und Videoübertragung findet verschlüsselt statt (Ende-zu-Ende-Verschlüsselung). Für die Telefoneinwahl gilt dies nicht.

Hinsichtlich der technischen Voraussetzungen wird auf die Anleitung zur Teilnahme an einer Onlineverhandlung/Onlinekonferenz verwiesen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Videoverhandlung sind für die Sicherstellung der Datenschutzsicherheit in ihrer Sphäre selbst verantwortlich. Bitte achten Sie daher darauf, die Datenschutzeinstellungen auf dem von Ihnen genutzten Equipment zu optimieren. Bitte sorgen Sie für die erforderliche optische und akustische Abschottung in dem von Ihnen genutzten Arbeitsraum. Prüfen Sie, ob eine Ausblendung des Bildhintergrundes erforderlich ist, hierfür steht bei den Kameraeinstellungen im BigBlueButton eine entsprechende Auswahl zur Verfügung.

Wichtig:

Eine digitale Aufzeichnung der Onlineverhandlung/Onlinekonferenz ist gesetzlich verboten. Die Login-Daten für die Teilnahme dürfen nicht an unbeteiligte Dritte weitergeleitet oder weitergegeben werden.

Technisch kann nicht verhindert werden, dass verbotswidrige Aufnahmen erstellt werden. Das ist aber kein Argument gegen eine Onlineverhandlung. Diese Gefahr hat der Gesetzgeber gesehen und akzeptiert, um die Vorteile der modernen Kommunikation zu nutzen.